

Sehr geehrte Damen und Herren vom Ak Damenwahl,

vielen Dank für die Übermittlung ihrer Fragen zur diesjährigen Landtagswahl. Da der Wahltermin jedoch schon sehr nahe liegt und wir sämtliche verfügbaren Kapazitäten für den Wahlkampf in Form von Infoständen und Ortsterminen benötigen, können wir diese leider nicht in angemessenem Umfang beantworten.

Wir haben uns in unserem Landtags-Wahlprogramm jedoch bereits damit auseinandergesetzt und entsprechend positioniert. Den Bereich zu Selbstbestimmung und Queer-Politik finden sie unter folgendem Link auf Seite 29: <https://www.pdh.eu/wp-content/uploads/PdH-Wahlprogramm-LTW-Hessen-2023.pdf>

Unsere Forderungen in dem Bereich sind die Ablösung des Transsexuellengesetzes und Schaffung eines Selbstbestimmungsgesetzes; die Anerkennung von nicht-binären Geschlechtsidentitäten auf rechtlicher Basis über Schaffung eines extra Geschlechtseintrags oder Inkludierung in den Eintrag „divers“; ein entschiedenes Vorgehen gegen Hass, Gewalt und Diskriminierung im Internet und in der realen Welt; das Abschaffen bestehender Diskriminierung queerer Personen; und die finanzielle Förderung von Forschung zu queeren Identitäten und queerfeindlicher Gewalt.

Wir entschuldigen uns dafür, dass wir ihre Fragen nicht angemessen beantworten können und hoffen, ihnen mit diesen Informationen zu unserem Wahlprogramm weiter geholfen zu haben.

Viele Grüße

**Jonas Bartels**

Landesvorstand Hessen, Aufnahmekommission  
Partei der Humanisten Hessen  
[vorstand@he.diehumanisten.de](mailto:vorstand@he.diehumanisten.de)

**Partei der Humanisten Hessen**

Rosmarinweg 4  
65191 Wiesbaden  
+49 1577 895 3108

Web: <https://www.pdh.eu> | Facebook: <https://www.facebook.com/partederhumanisten> |

Twitter: <https://twitter.com/DieHumanisten>

## **Anmerkung/Ergänzung:**

Im Parteiprogramm zu Wahl kommt das Wort „Frau“ wie auch „Mädchen“ nicht vor.

Dafür aber das Wort „Geschlecht“ im Kapitel „Selbstbestimmung“.

„Die individuelle Freiheit ist die wichtigste Voraussetzung, um ein erfülltes und selbstbestimmtes Leben zu führen. Grundsätzlich soll der Staat nicht bestimmen, was für ein erwachsenes Individuum richtig ist und welche Entscheidungen es für das eigene Leben trifft. Der Staat tritt nicht als Vormund seiner Bürger auf, sondern unterstützt sie, ihr Leben frei und selbstbestimmt zu gestalten, indem er ihre Grundrechte schützt.“

„Auch in Hinblick auf sexuelle Orientierung und geschlechtliche Identität gilt für uns der Grundsatz der Selbstbestimmung. Eine freie Entfaltung der Persönlichkeit ohne Angst vor Gewalt und Diskriminierung muss für jede Person gewährleistet werden. Vielfältige Lebensrealitäten gilt es nebeneinander zu akzeptieren. Gegen queerphoben Hass und queerfeindliche Gewalt wollen wir entschieden vorgehen.“

Unter „Unsere Forderungen.“ findet sich dann auch:

- ✓ Geschlechtliche Selbstbestimmung stärken, Transsexuellengesetz ablösen
- ✓ Nicht-binäre Geschlechtsidentitäten auch abseits von biologischer Intergeschlechtlichkeit anerkennen
- ✓ Entschiedenenes Vorgehen gegen Gewalt und Hass, online und im echten Leben
- ✓ Finanzielle Förderung von Forschung zu queeren Identitäten und queerfeindlicher Gewalt
- ✓ Bestehende Diskriminierung queerer Personen abschaffen

Und es gibt ein ausführliches Kapitel „Queerpolitik“ mit der Forderung: „Das Land Hessen soll die Einführung eines Selbstbestimmungsgesetzes als Ersatz für das diskriminierende Transsexuellengesetz unterstützen.“

### **Queerpolitik**

Wir stehen für Selbstbestimmung in Hinblick auf sexuelle Orientierung und geschlechtliche Identität ein. Eine freie Entfaltung der Persönlichkeit ohne Angst vor Gewalt und Diskriminierung muss für jede Person gewährleistet werden. Jeder Mensch soll frei sein, zu lieben, wen und wie er möchte. Das beinhaltet gleichgeschlechtliche Partnerschaften genauso wie polyamore Beziehungen. Auch den Lebensrealitäten von Personen des asexuellen und aromantischen Spektrums wollen wir gerecht werden.

Gleichzeitig soll jeder Mensch auch frei sein, die eigene Geschlechtsidentität auszuleben. Das Land Hessen soll die Einführung eines Selbstbestimmungsgesetzes als Ersatz für das diskriminierende Transsexuellengesetz unterstützen. Der Rechtsstatus von nicht-binären Personen soll zudem durch die Einführung eines entsprechenden neuen Geschlechtseintrags oder Inklusion in den Geschlechtseintrag „divers“ sichergestellt werden – bisher bezieht sich der Eintrag „divers“ rechtlich nur auf biologische Intergeschlechtlichkeit, nicht aber auf eine nicht-binäre Geschlechtsidentität.

Die queere Community ist auch heute besonders von Hass und Gewalt betroffen. Aktuell sehen wir eine deutliche Verschlimmerung der Situation bzgl. Hass gegen queere Personen online und im politischen Diskurs, insbesondere gegen trans\* Personen und Drag-Artists. Dem stehen wir entschieden entgegen. Gewalt gegen queere Personen muss konsequent verfolgt werden. Hier bedarf es u.A. einer Verbesserung der Datenlage, sowie stärkerer Sensibilisierung von Polizeibeamten für das Thema.

Die Abschaffung des Blutspendeverbots für Männer, die gleichgeschlechtlichen Geschlechtsverkehr praktizieren, begrüßen wir. Dennoch gibt es auch heute noch weitreichende systematische Diskriminierung der queeren Community. Ein Beispiel hierfür bietet das kirchliche Arbeitsrecht. Derartige Diskriminierung wollen wir schnellstmöglich beenden.